



# Merkblatt

## für die Gemeinden Tirols

75. Jahrgang / Dezember 2002

HERAUSGEGEBEN VOM AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG, ABTEILUNG GEMEINDEANGELEGENHEITEN

### INHALT

50. *Neue Rechtsvorschriften für die Vergabe von Aufträgen*

*Verbraucherpreisindex für Oktober 2002 (vorläufiges Ergebnis)*

\* \* \* \* \*  
 \* Der Gemeindereferent der Tiroler Landesregierung  
 \* Landesrat Konrad Streiter und die Angehörigen  
 \* der Abteilung Gemeindeangelegenheiten des Amtes  
 \* der Tiroler Landesregierung wünschen allen Bürgermeisterinnen  
 \* und Bürgermeistern, Mitgliedern der Gemeinderäte  
 \* und Gemeindebediensteten sowie allen Lesern des Merkblattes  
 \* ein fröhliches, gnadenvolles Weihnachtsfest  
 \* und ein glückliches, erfolgreiches neues Jahr.  
 \* \* \* \* \*



## 50.

### Neue Rechtsvorschriften für die Vergabe von Aufträgen

Mit 1. Jänner 2003 wird das Tiroler Vergabennachprüfungsgesetz in Kraft treten. Gleichzeitig wird das Bundesvergabegesetz 2002 für die Gemeinden und Gemeindeverbände Tirols wirksam werden. Es erscheint daher geboten, die neuen Rechtsvorschriften für die Vergabe von Aufträgen im Merkblatt für die Gemeinden Tirols vorzustellen.

#### BUNDESVERGABEGESETZ 2002

Das Bundesvergabegesetz 2002 (BVergG) ist im Bundesgesetzblatt I unter Nr. 99/2002 kundgemacht worden.

Das Bundesvergabegesetz 2002 gilt für die Verfahren zur Beschaffung von Leistungen (Vergabeverfahren); das sind Lieferaufträge, Bauaufträge, Dienstleistungsaufträge und die Durchführung von Wettbewerben; ferner zählen dazu Baukonzessionsverträge, Dienstleistungskonzessionsverträge und die Vergabe von Bauaufträgen an Dritte durch Baukonzessionäre.

Lieferaufträge sind entgeltliche Aufträge, deren Vertragsgegenstand der Kauf, das Leasing, die Miete, die

Pacht oder der Ratenkauf, mit oder ohne Kaufoption von Waren, einschließlich von Nebenarbeiten, wie dem Verlegen und der Installation ist. Bauaufträge sind entgeltliche Aufträge, deren Vertragsgegenstand die Ausführung oder die gleichzeitige Ausführung und Planung von Bauvorhaben im Zusammenhang mit bestimmten, im Gesetz genannten Tätigkeiten des Baugewerbes, die Ausführung eines Bauwerkes oder die Erbringung einer Bauleistung durch Dritte gemäß den vom öffentlichen Auftraggeber genannten Erfordernissen, gleichgültig mit welchen Mitteln dies erfolgt, ist. Dienstleistungsaufträge sind entgeltliche Aufträge, deren Vertragsgegenstand im Gesetz näher aufgezählte Dienstleistungen sind.

Ausgenommen sind u. a.: Aufträge, die ein oder mehrere öffentliche Auftraggeber an ein Unternehmen vergeben, das von ihm bzw. ihnen beherrscht wird und das seine Leistungen im Wesentlichen für den oder die Auftraggeber erbringt, in dessen bzw. deren Eigentum es steht; Verträge über Erwerb oder Miete von oder Rechte an Grundstücken oder vorhandenen Gebäuden oder an-

derem unbeweglichem Vermögen ungeachtet deren Finanzierungsmodalitäten, ausgenommen Verträge über finanzielle Dienstleistungen, die gleichzeitig vor oder nach einem Kauf- oder Mietvertrag abgeschlossen werden; Arbeitsverträge; Aufträge, die von öffentlichen Wasserversorgungsunternehmen zur Beschaffung von Wasser vergeben werden, und Aufträge, die von Energie- oder Fernwärmeversorgungsunternehmen für die Lieferung von Energie oder Wärme oder für die Lieferung von Brennstoffen für die Energie- oder Wärmeerzeugung vergeben werden.

Öffentliche Auftraggeber sind neben dem Bund und den Ländern die Gemeinden und Gemeindeverbände; weiters zählen dazu Einrichtungen, die zur Erfüllung im allgemeinen Interesse liegender Aufgaben, die nicht gewerblicher Art sind, gegründet wurden, zumindest teilrechtsfähig sind und überwiegend von einem der öffentlichen Auftraggeber finanziert oder durch von diesen ernannte Personen geleitet werden.

### SCHWELLENBEREICHE

Eine besondere Bedeutung kommt in Hinblick auf die anwendbaren strengeren oder weniger strengen Rechtsvorschriften der Abgrenzung zwischen Oberschwellen- und Unterschwellenbereich zu.

Als Oberschwellenbereich gilt: bei Bauaufträgen, wenn der geschätzte Auftragswert ohne Umsatzsteuer mindestens 5.000.000,00 € beträgt, bei Liefer- und Dienstleistungsaufträgen, wenn der geschätzte Auftragswert ohne Umsatzsteuer mindestens 200.000,00 € beträgt und bei der Durchführung von Wettbewerben im Rahmen eines Verfahrens, das zu einem Dienstleistungsauftrag führen soll, dessen geschätzter Auftragswert oder deren Summe der Preisgelder und Zahlungen an Teilnehmer ohne Umsatzsteuer mindestens 200.000,00 € beträgt. Höhere Schwellenwerte gelten für die Vergabe von Leistungen im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung; bei Liefer- und Dienstleistungsaufträgen und bei der Durchführung von Wettbewerben liegt die Grenze in diesen Fällen bei 400.000,00 €.

Als Unterschwellenbereich gilt, wenn der geschätzte Auftrags- oder Vertragswert ohne Umsatzsteuer oder die Summe der Preisgelder und Zahlungen an Teilnehmer ohne Umsatzsteuer die genannten Beträge nicht erreicht.

Die Berechnung des geschätzten Auftragswertes wird im Gesetz detailliert beschrieben. In der Regel ist das Entgelt maßgeblich. Im Falle einer Vergabe in Losen ist als geschätzter Auftragswert der geschätzte Gesamtwert aller dieser Lose anzusetzen. Auch die Beistellung von Waren und Dienstleistungen sind in Anschlag zu bringen. Bei regelmäßig wiederkehrenden Aufträgen oder Daueraufträgen ist von einem Auftragswert innerhalb eines Zeitraumes von zwölf Mona-

ten auszugehen. Als geschätzter Auftragswert bei Bankdienstleistungen und anderen Finanzdienstleistungen sind die Entgelte und Gebühren, Provisionen und Zinsen sowie andere vergleichbare Vergütungen anzusetzen. Bei Verträgen, die Planung zum Gegenstand haben, sind die Entgelte, die Honorare und sonstige Vergütungen, in Anschlag zu bringen.

### GRUNDSÄTZE DES VERGABEVERFAHRENS

Grundsätzlich und allgemein sind Aufträge über Leistungen nach einem in diesem Gesetz vorgesehenen Verfahren unter Beachtung der gemeinschaftsrechtlichen Grundfreiheiten, des Diskriminierungsverbotes und entsprechend den Grundsätzen des freien und lauterer Wettbewerbes unter Gleichbehandlung aller Bewerber und Bieter an befugte, leistungsfähige und zuverlässige Unternehmer zu angemessenen Preisen zu vergeben.

Unternehmer, die an der Erarbeitung der Unterlagen für das Vergabeverfahren unmittelbar oder mittelbar beteiligt waren, sowie mit diesen verbundene Unternehmen, sind, soweit durch ihre Teilnahme ein fairer und lauterer Wettbewerb ausgeschlossen wäre, von der Teilnahme am Vergabeverfahren um die Leistung auszuschließen, es sei denn, dass auf deren Beteiligung in begründeten Ausnahmefällen nicht verzichtet werden kann. Vergabeverfahren sind nur dann durchzuführen, wenn die Absicht besteht, die Leistung auch tatsächlich zur Vergabe zu bringen. Auftraggeber, Bewerber und Bieter haben den vertraulichen Charakter aller, den Auftraggeber als auch die Bewerber und Bieter und deren Unterlagen betreffenden Angaben zu wahren. Im Vergabeverfahren muss auf die Umweltgerechtigkeit der Leistung und kann auf die Beschäftigung von Frauen, von Personen im Ausbildungsverhältnis, von Langzeitarbeitslosen, von behinderten und älteren Arbeitnehmern sowie auf Maßnahmen zur Umsetzung sonstiger sozialpolitischer Belange Bedacht genommen werden; die Bedachtnahme kann insbesondere durch die Berücksichtigung derartiger Aspekte bei der Beschreibung der Leistung, bei der Festlegung der technischen Spezifikationen oder durch die Festlegung konkreter Zuschlagskriterien erfolgen.

Die Übermittlung von Informationen kann, sofern der Auftraggeber ausnahmsweise nichts anderes festlegt, wahlweise brieflich, per Fax oder elektronisch erfolgen. Minder bedeutsame Informationen können auch mündlich oder telefonisch ausgetauscht werden. Die elektronische Übermittlung von Ausschreibungsunterlagen, Angeboten und Dokumenten im Zusammenhang mit der Angebotsbewertung erfordert die Verwendung einer sicheren elektronischen Signatur; gleichzeitig ist sicherzustellen, dass die Echtheit, Unverfälschtheit und Vertraulichkeit elektronisch übermittelter Informationen gewährleistet ist.

## ARTEN DER VERGABEVERFAHREN

Die Vergabe von Aufträgen über Leistungen hat im Wege eines offenen Verfahrens, eines nicht offenen Verfahrens, eines Verhandlungsverfahrens, einer Direktvergabe, einer elektronischen Auktion oder einer Rahmenvereinbarung zu erfolgen.

Beim offenen Verfahren wird eine unbeschränkte Anzahl von Unternehmern öffentlich zur Abgabe von Angeboten aufgefordert.

Beim nicht offenen Verfahren mit vorheriger Bekanntmachung werden, nachdem eine unbeschränkte Anzahl von Unternehmern öffentlich zur Abgabe von Teilnahmeanträgen aufgefordert wurde, ausgewählte Bewerber zur Abgabe von Angeboten aufgefordert. Beim nicht offenen Verfahren ohne vorherige Bekanntmachung wird eine beschränkte Anzahl von geeigneten Unternehmern zur Abgabe von Angeboten eingeladen.

Beim Verhandlungsverfahren mit vorheriger Bekanntmachung werden, nachdem eine unbeschränkte Anzahl von Unternehmern öffentlich zur Abgabe von Teilnahmeanträgen aufgefordert wurde, ausgewählte Bewerber zur Abgabe von Angeboten aufgefordert. Danach kann über den gesamten Auftragsinhalt verhandelt werden. Beim Verhandlungsverfahren ohne vorherige Bekanntmachung wird eine beschränkte Anzahl von geeigneten Unternehmern zur Abgabe von Angeboten eingeladen. Danach kann über den gesamten Auftragsinhalt verhandelt werden.

Bei der Direktvergabe wird eine Leistung formfrei unmittelbar von einem ausgewählten Unternehmer gegen Entgelt bezogen.

## WAHL DER VERGABEVERFAHREN

Die Auftraggeber können bei der Vergabe von Aufträgen frei zwischen dem offenen Verfahren und dem nicht offenen Verfahren mit vorheriger Bekanntmachung wählen.

Die Fälle, in denen Auftraggeber auf das Verhandlungsverfahren (nach vorheriger Bekanntmachung, ohne weitere Bekanntmachung oder ohne vorherige Bekanntmachung) greifen können, werden im Gesetz ausführlich und detailliert geregelt. Dabei geht es insbesondere um Fälle:

in denen ein durchgeführtes offenes oder nicht offenes Verfahren mit vorheriger Bekanntmachung kein geeignetes Angebot erbracht hat;

ein Auftrag aus technischen oder künstlerischen Gründen oder aufgrund des Schutzes von Ausschließlichkeitsrechten nur von einem bestimmten Unternehmer ausgeführt werden kann ;

dringliche, zwingende Gründe, die nicht dem Verhalten des Auftraggebers zuzuschreiben sind, im Zusammenhang mit Ereignissen, die der Auftraggeber nicht voraussehen konnte, es nicht zulassen, die im offenen Verfahren, im nicht offenen Verfahren mit vorheriger Bekanntmachung oder in einem Verhandlungsverfahren

mit vorheriger Bekanntmachung vorgeschriebenen Fristen einzuhalten und näher bestimmte Anschlussaufträge.

Im Unterschwellenbereich können Aufträge im nicht offenen Verfahren ohne vorherige Bekanntmachung vergeben werden, sofern dem Auftraggeber genügend geeignete Unternehmer bekannt sind, um einen freien und lautereren Wettbewerb sicherzustellen und wenn bei Bauaufträgen der geschätzte Auftragswert ohne Umsatzsteuer 120.000,00 € bzw. bei Liefer- und Dienstleistungsaufträgen der geschätzte Auftragswert ohne Umsatzsteuer 60.000,00 € nicht erreicht.

Im Unterschwellenbereich können Aufträge im Verhandlungsverfahren mit vorheriger Bekanntmachung vergeben werden, wenn die zu erbringende Leistung dergestalt ist, dass vertragliche Spezifikationen nicht hinreichend genau festgelegt werden können, um den Auftrag durch die Wahl des besten Angebotes in Übereinstimmung mit den Vorschriften über ein offenes oder nicht offenes Verfahren mit vorheriger Bekanntmachung vergeben zu können.

Im Unterschwellenbereich können Aufträge im Verhandlungsverfahren ohne vorherige Bekanntmachung vergeben werden, wenn bei geistig-schöpferischen Dienstleistungen der geschätzte Auftragswert ohne Umsatzsteuer 60.000,00 €, bei Bauaufträgen der geschätzte Auftragswert ohne Umsatzsteuer 80.000,00 € und bei Liefer- und Dienstleistungsaufträgen der geschätzte Auftragswert ohne Umsatzsteuer 40.000,00 € nicht erreicht. Die Auftragsvergabe in einem solchen Verfahren ist zudem zulässig, wenn es sich um die Lieferung von Waren handelt, die an Börsen notiert und gekauft werden, bei Gelegenheitskäufen Lieferungen aufgrund einer besonders günstigen Gelegenheit, die sich für einen sehr kurzen Zeitraum ergeben hat, zu einem Preis gekauft werden können, der erheblich unter den normalerweise marktüblichen Preisen liegt oder der Kauf von Lieferungen zu besonders günstigen Bedingungen, entweder bei einem Unternehmen, das eine gewerbliche Tätigkeit endgültig einstellt oder bei Verwaltern im Rahmen eines Konkurs- oder Ausgleichsverfahrens erfolgt.

Sofern der geschätzte Auftragswert ohne Umsatzsteuer 130.000 SZR (derzeit etwa 162.000,00 €) nicht erreicht, können Aufträge über geistig-schöpferische Dienstleistungen in einem Verhandlungsverfahren ohne vorherige Bekanntmachung mit nur einem Unternehmer vergeben werden, sofern im Hinblick auf die Eigenart der Leistung, die Durchführung eines wirtschaftlichen Wettbewerbes aufgrund der Kosten des Beschaffungsvorganges wirtschaftlich nicht vertretbar ist.

Eine Direktvergabe ist zulässig, wenn bei geistig-schöpferischen Dienstleistungen der geschätzte Auftragswert ohne Umsatzsteuer 30.000,00 € oder bei allen übrigen Leistungen der geschätzte Auftragswert ohne Umsatzsteuer 20.000,00 € nicht erreicht. Sie ist ferner

bei bestimmten im Gesetz genannten Dienstleistungen wie Rechtsberatung, Arbeits- und Arbeitskräftevermittlung, Auskunft- und Schutzdienste, Unterrichtswesen und Berufsausbildung, Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen, Erholung, Kultur und Sport zulässig, sofern die Durchführung eines wirtschaftlichen Wettbewerbes im Hinblick auf die Eigenart der Leistung oder des in Frage kommenden Bieterkreises nicht zweckmäßig ist, oder es sich um bestimmte, aus Gemeinschaftsmitteln cofinanzierte Projekte handelt.

### TEILNAHME IN VERGABEVERFAHREN

An Vergabeverfahren können alle befugten, leistungsfähigen und zuverlässigen Unternehmer teilnehmen. Eine gebietsmäßige Beschränkung oder eine Beschränkung der Teilnahme auf einzelne Berufsstände, obwohl auch andere Unternehmer die Berechtigung zur Erbringung der Leistung besitzen, ist grundsätzlich unzulässig.

Die Zahl der Teilnehmer in offenen Verfahren ist nicht beschränkt. Die Anzahl der einzuladenden Unternehmer ist entsprechend der Leistung festzulegen. Die Zahl der Teilnehmer in nicht offenen Verfahren kann mit fünf, die Zahl der Teilnehmer in Verhandlungsverfahren mit drei beschränkt werden; die festgelegte Zahl muss jedenfalls einen echten Wettbewerb gewährleisten.

Offene Verfahren, nicht offene Verfahren mit vorheriger Bekanntmachung und Verhandlungsverfahren mit vorheriger Bekanntmachung sind in den einschlägigen Publikationsmedien bekannt zu machen.

In Verfahren mit vorheriger Bekanntmachung können sich interessierte Unternehmer beim Auftraggeber melden (Teilnahmeantrag). Der Auftraggeber hat, namentlich im Falle der Einschränkung der Anzahl der einzuladenden Unternehmer, die objektiven und nicht diskriminierenden Auswahlkriterien nach Maßgabe der besonderen Erfordernisse der zur Ausführung gelangenden Leistung im Vorhinein bekannt zu machen. Langen mehrere Teilnahmeanträge ein, so hat der Auftraggeber unter den befugten, leistungsfähigen und zuverlässigen Unternehmern anhand der Auswahlkriterien die besten Bewerber auszuwählen. Die maßgeblichen Gründe für die Auswahl sind in nachvollziehbarer Form festzuhalten. Langen weniger Teilnahmeanträge ein, so kann der Auftraggeber zusätzliche Unternehmer in das Vergabeverfahren einbeziehen.

Bei nicht offenen Verfahren und Verhandlungsverfahren ohne vorherige Bekanntmachung sind befugte, leistungsfähige und zuverlässige Unternehmer zur Angebotsabgabe einzuladen. Befugnis, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit sind vorab zu prüfen und festzuhalten. Die Auswahl der einzuladenden Unternehmen hat in nicht diskriminierender Weise stattzufinden. Der Auftraggeber hat die einzuladenden Unternehmer so häufig wie möglich zu wechseln. Nach Möglichkeit sind

auch kleine und mittlere Unternehmen am Vergabeverfahren zu beteiligen.

Bei Direktvergaben darf die Leistung nur von einem befugten, leistungsfähigen und zuverlässigen Unternehmer bezogen werden.

### BEKANNTMACHUNGEN, STATISTIKEN UND FRISTEN

Das Gesetz trifft in diesem Zusammenhang, namentlich im Oberschwellenbereich, eingehende Regelungen. Es sieht insbesondere Bekanntmachungen und Mitteilungen in bestimmten Publikationsorganen, in bestimmten Fällen Vorinformationen am Beginn eines Finanz- bzw. Haushaltsjahres, eine Bekanntmachung der beabsichtigten Vergabe von Leistungen, eine Bekanntgabe von vergebenen Leistungen und die Führung von Statistiken vor.

Durch eine Reihe von Fristen soll sichergestellt werden, dass für Teilnahmeanträge und für die Ausarbeitung von Angeboten hinreichend Zeit verbleibt. Auf Umstände, welche die Erstellung des Angebotes erschweren können, ist Bedacht zu nehmen. Können die Angebote nur nach schwierigen Vorerhebungen, Herstellung von Proben und Mustern, nach einer Ortsbesichtigung oder Einsichtnahme in ausgelegte Ausschreibungsunterlagen erstellt werden, so sind entsprechend längere Fristen einzuräumen.

Im Oberschwellenbereich sind vom Auftraggeber für den Eingang der Anträge auf Teilnahme am Vergabeverfahren mindestens 37 Tage (bei Dringlichkeit mindestens 15 Tage) einzuräumen. Die vom Auftraggeber festzusetzende Frist für den Eingang der Angebote hat im offenen Verfahren mindestens 52 Tage, im nicht offenen Verfahren mit vorheriger Bekanntmachung mindestens 40 Tage (bei Dringlichkeit 10 Tage) zu betragen.

Im Unterschwellenbereich sind vom Auftraggeber für den Eingang der Anträge auf Teilnahme am Vergabeverfahren mindestens 14 Tage einzuräumen. Die Frist für den Eingang der Angebote hat der Auftraggeber beim offenen Verfahren und beim nicht offenen Verfahren mit mindestens 22 Tagen festzulegen. Eine Verkürzung dieser Frist ist nur in besonders begründeten Fällen, insbesondere bei Dringlichkeit, zulässig.

### BEFUGNIS, ZUVERLÄSSIGKEIT UND LEISTUNGSFÄHIGKEIT

Der Auftraggeber hat Unternehmer von der Teilnahme am Vergabeverfahren auszuschließen, wenn:

- gegen sie ein Konkursverfahren oder gerichtliches Ausgleichsverfahren eingeleitet, oder die Eröffnung eines Konkursverfahrens mangels hinreichenden Vermögens abgewiesen wurde;
- sie sich in Liquidation befinden oder ihre gewerbliche Tätigkeit eingestellt haben;
- gegen sie oder physische Personen, die in der Geschäftsführung tätig sind, ein rechtskräftiges Urteil



ergangen ist, das ihre berufliche Zuverlässigkeit in Frage stellt;

- sie im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit eine schwere Verfehlung, insbesondere gegen Bestimmungen des Arbeits- und Sozialrechts begangen haben;
- sie ihre Verpflichtungen zur Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge oder der Steuern und Abgaben nicht erfüllt haben oder
- sie sich bei der Erteilung von Auskünften in erheblichem Maße falscher Erklärungen schuldig gemacht oder diese Auskünfte nicht erteilt haben.

Der Nachweis der Befugnis, der beruflichen Zuverlässigkeit, der finanziellen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der technischen Leistungsfähigkeit werden im Gesetz ausführlich und detailliert geregelt.

#### **GESAMT- UND GETRENNTE AUSSCHREIBUNG, TEILVERGABE**

Besonders umfangreiche Leistungen können örtlich, zeitlich oder nach Menge und Art getrennt vergeben werden. Für die Gesamt- oder getrennte Ausschreibung sind wirtschaftliche oder technische Gesichtspunkte, wie z. B. die Notwendigkeit einer einheitlichen Ausführung und einer eindeutigen Gewährleistung, maßgebend. Das gilt insbesondere für die getrennte Vergabe von Leistungen verschiedener Handwerks- und Gewerbebezweige oder Fachrichtungen.

Ein Zuschlag in Teilen einer ausgeschriebenen Gesamtleistung ist unzulässig. Soll die Möglichkeit für eine Vergabe in Teilen gewahrt bleiben, sind sowohl die Gesamtleistung, als auch die allenfalls getrennt zur Vergabe gelangenden Teile der Leistung auszuschreiben. In diesem Fall ist dem Bieter auch die Möglichkeit einzuräumen, nur einzelne dieser Teile der Leistung anzubieten.

#### **PREISE**

Grundsätzlich ist nach dem Preisangebotsverfahren auszuschreiben, anzubieten und zuzuschlagen. Das Preisauflags- und Preisnachlassverfahren ist nur in zu begründenden Ausnahmefällen zulässig.

Der Art nach kann der Preis ein Einheitspreis, ein Pauschalpreis oder ein Regiepreis sein. Zu Einheitspreisen ist auszuschreiben, anzubieten und zuzuschlagen, wenn sich eine Leistung nach Art und Güte genau, nach Umfang zumindest annähernd bestimmen lässt. Zu Pauschalpreisen ist auszuschreiben, anzubieten und zuzuschlagen, wenn Art, Güte und Umfang einer Leistung sowie die Umstände, unter denen sie zu erbringen ist, zur Zeit der Ausschreibung hinreichend genau bekannt sind und mit einer Änderung während der Ausführung nicht zu rechnen ist. Eine Vergabe zu Regiepreisen ist nur dann durchzuführen, wenn Art, Güte und Umfang der Leistung oder die Umstände, unter denen sie zu erbringen ist, nicht so genau erfasst werden können, dass eine Vergabe nach Einheits- oder Pauschalpreis möglich

ist, und nur nach dem tatsächlichen Stunden- oder Materialaufwand abgerechnet werden kann.

Einheits-, Pauschal- und Regiepreise können feste oder veränderliche Preise sein. Zu Festpreisen ist auszuschreiben, anzubieten oder zuzuschlagen, wenn den Vertragspartnern nicht durch langfristige Verträge oder durch preisbestimmende Kostenanteile, die einer starken Preisschwankung unterworfen sind, unzumutbare Unsicherheiten entstehen. In diesem Fall ist zu veränderlichen Preisen auszuschreiben, anzubieten und zuzuschlagen. Der Zeitraum für die Geltung fester Preise darf grundsätzlich die Dauer von zwölf Monaten nicht übersteigen.

#### **ARTEN UND MITTEL ZUR SICHERSTELLUNG**

Als Sicherstellung sind Vadium, Kautions-, Deckungsrücklass und Haftungsrücklass vorgesehen. Als Sicherstellung können nach Wahl des zur Sicherstellung Verpflichteten Bargeld oder Bareinlagen, Bankgarantien oder Rücklassversicherungen dienen.

#### **BEZIEHEN VON SACHVERSTÄNDIGEN**

Erachtet der Auftraggeber die Mitwirkung von Sachverständigen zur Vorbereitung einer Ausschreibung, zur Prüfung von Angeboten oder aus anderen Gründen für zweckmäßig, so dürfen hierzu nur solche Personen herangezogen werden, deren Unbefangenheit außer Zweifel steht.

#### **VERWERTUNG VON AUSARBEITUNGEN**

Soweit Schutzrechte oder Geheimhaltungsinteressen verletzt würden, dürfen sowohl der Auftraggeber als auch die Bewerber oder Bieter, Ausarbeitungen des anderen sowie von ihm zur Verfügung gestellte Pläne, Zeichnungen, Entwürfe, Modelle, Proben, Muster, Computerprogramme udgl. nur mit dessen ausdrücklicher Zustimmung für sich verwenden oder an Dritte weitergeben. Der Auftraggeber kann sich vorbehalten, solche Unterlagen, für die keine Vergütung verlangt wurde, zurückzufordern. Die Bewerber oder Bieter können sich vorbehalten, für den Fall, dass ihnen der Zuschlag nicht erteilt wird, die Rückstellung solcher Unterlagen zu verlangen, für die keine Vergütung vorgesehen ist. Dasselbe gilt für besondere Ausarbeitungen für Alternativangebote, von denen kein Gebrauch gemacht wird.

#### **AUSSCHREIBUNG, ANGEBOT UND ZUSCHLAG BESCHREIBUNG DER LEISTUNGEN UND AUFGABENSTELLUNGEN**

Die Leistungen bzw. die Aufgabenstellungen sind eindeutig, vollständig und neutral zu beschreiben. Die eindeutige, vollständige und neutrale Beschreibung der Leistung bzw. der Aufgabenstellung hat technische Spezifikationen zu enthalten und ist erforderlichenfalls

durch Pläne, Zeichnungen, Modelle, Proben, Muster udgl. zu ergänzen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind grundsätzlich so auszuarbeiten, dass die Vergleichbarkeit der Angebote sichergestellt ist und die Preise ohne umfangreiche Vorarbeiten und ohne Übernahme nicht kalkulierbarer Risiken von den Bietern ermittelt werden können. Technische Spezifikationen müssen für alle Bewerber und Bieter gleichermaßen zugänglich sein und dürfen den Wettbewerb nicht in ungerechtfertigter Weise behindern. Soweit es nicht durch den Auftragsgegenstand gerechtfertigt ist, darf in technischen Spezifikationen nicht auf eine bestimmte Herstellung oder Herkunft oder eine Herkunft, die durch besondere Verfahren erzielt wurde, oder auf Marken, Patente, Typen, einen bestimmten Ursprung oder eine bestimmte Produktion verwiesen werden, wenn dadurch bestimmte Unternehmen oder bestimmte Produkte begünstigt oder ausgeschlossen werden. Solche Verweise sind jedoch ausnahmsweise zulässig, wenn der Auftragsgegenstand nicht hinreichend genau oder allgemein verständlich beschrieben werden kann. Solche Verweise sind mit dem Zusatz „oder gleichwertig“ zu versehen. Erfolgt ausnahmsweise die Ausschreibung eines bestimmten Erzeugnisses mit dem Zusatz „oder gleichwertig“ sind in freien Zeilen (Bieterlücken) des Leistungsverzeichnisses nach der entsprechenden Position vom Bieter Angaben über Fabrikat und Type der von ihm gewählten gleichwertigen Produkte und, sofern gefordert, sonstige diese Produkte betreffende Angaben zu verlangen. Die maßgeblichen Kriterien für die Beurteilung der Gleichwertigkeit sind in der Beschreibung der Leistung anzugeben. Umfangreiche Leistungen sind in einem Leistungsverzeichnis aufzugliedern. Die Beschreibung der Leistung und die sonstigen Bestimmungen sind so abzufassen, dass sie in derselben Fassung sowohl für das Angebot als auch für den Leistungsvertrag verwendet werden können.

Sofern die Beschreibung der Leistung als Aufgabenstellung mit Leistungs- oder Funktionsanforderungen formuliert wird, haben die technischen Spezifikationen das Leistungsziel so hinreichend genau und neutral zu beschreiben, dass alle für die Erstellung des Angebotes maßgebenden Bedingungen und Umstände erkennbar sind. Aus der Beschreibung der Leistung müssen sowohl der Zweck der fertigen Leistung, als auch die an die Leistung gestellten Anforderungen in technischer, wirtschaftlicher, gestalterischer, funktionsbedingter und sonstiger Hinsicht erkennbar sein. Ferner muss durch die Leistungsbeschreibung die Vergleichbarkeit der Angebote gewährleistet sein.

In der Bekanntmachung oder in den Ausschreibungsunterlagen ist anzugeben, ob der Zuschlag dem technisch und wirtschaftlich günstigsten Angebot oder – sofern der Qualitätsstandard der Leistung in der Bekanntmachung oder in den Ausschreibungsunterlagen klar und eindeutig definiert ist, sodass die Festlegungen

in der Ausschreibung qualitativ gleichwertige Angebote sicherstellen – dem Angebot mit dem niedrigsten Preis erteilt werden soll.

Soll der Zuschlag dem technisch und wirtschaftlich günstigsten Angebot erteilt werden, so hat der Auftraggeber in der Bekanntmachung oder in den Ausschreibungsunterlagen alle Zuschlagskriterien, deren Verwendung er vorsieht, im Verhältnis der ihnen zuerkannten Bedeutung anzugeben. Diese Angabe kann, sofern dies aufgrund der Eigenart des Leistungsgegenstandes sachlich gerechtfertigt ist, auch im Wege der Festlegung einer Marge, deren größte Bandbreite angemessen sein muss, erfolgen. Ist auch die Festlegung einer Marge ausnahmsweise aufgrund der Eigenart der ausgeschriebenen Leistung nicht möglich, so hat der Auftraggeber in der Bekanntmachung oder in den Ausschreibungsunterlagen alle Zuschlagskriterien, deren Verwendung er vorsieht, in der Reihenfolge der ihnen zuerkannten Bedeutung anzugeben. Der Auftraggeber kann in den Ausschreibungsunterlagen, die als wesentlich geltenden Positionen angeben.

Ferner ist anzugeben, ob rechnerisch fehlerhafte Angebote (mit einer Abweichung von mehr als  $\pm 2\%$ ) ausgeschieden werden und ob eine Vorreihung infolge der Berichtigung eines Rechenfehlers zulässig ist.

Schließlich sind Hinweise über die Verständigung von der Einleitung eines Feststellungsverfahrens (bedeutsam für den Rechtsschutz) und die Abgabe elektronischer Angebote aufzunehmen.

Bei Aufträgen, die nach dem Kriterium des technisch und wirtschaftlich günstigsten Angebotes vergeben werden sollen, sind Alternativangebote zulässig. Alternativangebote sind, soweit in der Ausschreibung nicht ausdrücklich anders angegeben, nur neben einem ausschreibungsgemäßen Angebot zulässig. Eine Nichtzulassung von technischen Alternativangeboten ist nur aus wichtigen Gründen vorzusehen und auf jene Teilleistungen zu beschränken, für die eine sachliche Notwendigkeit besteht.

In den Ausschreibungsunterlagen sind Bestimmungen über die Zulässigkeit von Subunternehmerleistungen zu treffen. Die Weitergabe des gesamten Auftrages ist unzulässig, ausgenommen hiervon sind Kaufverträge sowie die Weitergabe an verbundene Unternehmen. Der Auftragnehmer hat wesentliche Teile jener Arbeiten, die in seine Befugnis fallen, selbst auszuführen. Die Weitergabe von Teilen der Leistung ist überdies nur insoweit zulässig, als der Subunternehmer die für die Ausführung seines Teiles erforderliche Befugnis, die zum Nachweis der technischen Leistungsfähigkeit des Bieters erforderliche technische Leistungsfähigkeit sowie die besondere berufliche Zuverlässigkeit besitzt. Der Bieter hat in seinem Angebot den Teil des Auftrages anzugeben, den er möglicherweise im Wege von Subaufträgen an Dritte zu vergeben beabsichtigt.

Wird ein Vadium verlangt, so ist dessen Höhe festzulegen. Das Vadium soll grundsätzlich 5% des geschätzten Auftragswertes nicht überschreiten.

Bei offenen Verfahren ist jedem Bewerber, bei nicht offenen Verfahren und Verhandlungsverfahren jedem zum Einreichen eines Angebotes Eingeladenen unter den gleichen Voraussetzungen der Zugang zu den Ausschreibungsunterlagen zu ermöglichen. Bei offenen Verfahren kann für die Ausschreibungsunterlagen ein die Herstellungskosten und allfällige Portospesen deckendes Entgelt verlangt werden. Für unentgeltlich abgegebene, aber zurückzustellende Unterlagen, kann eine entsprechende Sicherstellung verlangt werden. Bei den übrigen Vergabeverfahren ist nur in begründeten Fällen ein Entgelt vorgesehen.

Im Falle der Berichtigung einer Ausschreibung sind alle Bewerber und Bieter in gleicher Weise und nachweislich zu verständigen.

Die Zuschlagsfrist beginnt mit dem Ablauf der Angebotsfrist. Sie umfasst den Zeitraum, innerhalb dessen die Erteilung des Zuschlages vorgesehen ist. Ist in der Ausschreibung keine Zuschlagsfrist angegeben (höchstens fünf, in begründeten, zwingenden Fällen höchstens sieben Monate), beträgt sie ein Monat.

Während der Zuschlagsfrist ist der Bieter an sein Angebot gebunden.

### DAS ANGEBOT

Der Bieter hat sich, sofern nicht ein Verhandlungsverfahren durchgeführt wird, bei der Erstellung des Angebotes, an die Ausschreibungsunterlagen zu halten. Der vorgeschriebene Text der Ausschreibungsunterlagen darf weder geändert, noch ergänzt werden. Das Angebot ist grundsätzlich in deutscher Sprache und in Euro zu erstellen.

Angebote müssen sich auf die ausgeschriebene Gesamtleistung beziehen, es sei denn, dass in der Ausschreibung die Möglichkeit von Teilangeboten vorgesehen wurde.

Alternativangebote haben die Erbringung einer gleichwertigen Leistung sicherzustellen. Den Nachweis der Gleichwertigkeit hat der Bieter zu führen. Alternativangebote können sich auf die Gesamtleistung, auf Teile der Leistung, auf die wirtschaftlichen oder die rechtlichen Bedingungen der Leistungserbringung beziehen. Sie sind als solche zu kennzeichnen und in einer eigenen Ausarbeitung einzureichen. Für jedes Alternativangebot, auch wenn es sich nur auf Teile der Gesamtleistung bezieht, ist vom Bieter je ein Gesamt-Alternativangebotspreis zu bilden.

Erfolgt die Ausschreibung eines bestimmten Erzeugnisses mit dem Zusatz „oder gleichwertig“, so kann der Bieter in freien Zeilen (Bieterlücken) des Leistungsverzeichnisses ein gleichwertiges Erzeugnis angeben. Den Nachweis der Gleichwertigkeit hat der Bieter zu führen. Die in den Ausschreibungsunterlagen als Bei-

spiele genannten Erzeugnisse gelten als angeboten, wenn vom Bieter keine anderen Erzeugnisse in die freien Zeilen des Leistungsverzeichnisses eingesetzt wurden. Wenn die vom Bieter genannten Erzeugnisse nach sachverständiger Prüfung den in den Ausschreibungsunterlagen angeführten Kriterien der Gleichwertigkeit nicht entsprechen, gilt das ausgeschriebene Erzeugnis nur dann als angeboten, wenn der Bieter dies in einem Begleitschreiben zum Angebot erklärt hat.

Angebote sind grundsätzlich ohne gesonderte Vergütung zu erstellen. Lediglich für besondere Ausarbeitungen gebührt eine – allenfalls nach bestehenden Tarifen – zu leistende Vergütung.

Während der Angebotsfrist kann der Bieter durch eine zusätzliche rechtsgültig unterfertigte Erklärung sein Angebot ändern, ergänzen oder von demselben zurücktreten. Ergibt sich bei der Angebotsänderung oder -ergänzung ein neuer Gesamtpreis, ist auch dieser anzugeben. Die Angebotsänderung oder -ergänzung ist nach den für Angebote geltenden Vorschriften der vergebenden Stelle zu übermitteln und von dieser wie ein Angebot zu behandeln. Der Rücktritt ist der vergebenden Stelle zur Kenntnis zu bringen; in diesem Fall kann der Bieter die sofortige Rückstellung seines ungeöffneten Angebotes verlangen.

Angebote müssen die in den Ausschreibungsunterlagen vorgeschriebene Form aufweisen. Sie sind vollständig sowie frei von Zahlen- und Rechenfehlern abzugeben. Lose Bestandteile (gesonderte Datensätze) sind mit dem Namen bzw. mit einer sicheren elektronischen Signatur zu versehen, als zum Angebot gehörend zu kennzeichnen und mit diesem abzugeben. Angebote müssen so ausgefertigt sein, dass Veränderungen, wie ein Verwischen oder Entfernen der Schrift oder des Druckes, bemerkbar oder nachweisbar wären. Korrekturen von Bieterangaben müssen eindeutig und klar sein und so durchgeführt werden, dass zweifelsfrei feststeht, dass die Korrektur vor der Angebotsabgabe erfolgt ist. Sie müssen unter Angabe des Datums durch rechtsgültige Unterschrift bzw. eine sichere elektronische Signatur bestätigt werden.

Jedes Angebot muss insbesondere den Namen und Geschäftssitz des Bieters, die Bekanntgabe jener wesentlichen Teilleistungen, die der Bieter an Subunternehmer weiterzugeben beabsichtigt, den Nachweis, dass ein allenfalls gefordertes Vadium erlegt wurde, die Preise samt allen geforderten Aufgliederungen und den allenfalls notwendigen Erläuterungen bei veränderlichen Preisen, die für die Preisumrechnung maßgeblichen Regeln und Voraussetzungen, sonstige für die Beurteilung des Angebotes geforderte oder vom Bieter für notwendig erachtete Erläuterungen, besondere Erklärungen oder Vorbehalte, allfällige Alternativangebote sowie Datum und rechtsgültige Unterfertigung des Bieters, bei elektronisch übermittelten Angeboten eine sichere elektronische Signatur enthalten.

Mit der Abgabe seines Angebotes erklärt der Bieter, dass er die Bestimmungen der Ausschreibungsunterlagen kennt, dass er über die erforderlichen Befugnisse zur Annahme des Auftrages verfügt, dass er die ausgeschriebene Leistung zu diesen Bestimmungen und den von ihm angegebenen Preisen erbringt und dass er sich bis zum Ablauf der Zuschlagsfrist an sein Angebot bindet.

### EINREICHEN DER ANGEBOTE

Angebote in Papierform sind in einem verschlossenen Umschlag innerhalb der Angebotsfrist einzureichen. Allenfalls vom Auftraggeber beigestellte Umschläge sind tunlichst zu verwenden. Der Umschlag ist mit dem vorgeschriebenen Kennwort oder, wenn ein solches nicht vorgeschrieben ist, mit einer den Inhalt kennzeichnenden Aufschrift zu versehen. Wird ein Datenträger für die Angebotsabgabe verwendet, ist dies auf dem Umschlag besonders (z. B. „Achtung Datenträger“) zu vermerken. In gleicher Weise ist die Verpackung von gesondert einzureichenden Bestandteilen zu kennzeichnen. Elektronisch übermittelte Angebote müssen innerhalb der Angebotsfrist entsprechend den bekanntgegebenen Verfahren verschlüsselt und entsprechend den bekanntgegebenen Dokumenten- und Kommunikationsformaten eingereicht werden; derartige Angebote sind auf eine Weise zu übermitteln, dass die Echtheit, die Unverfälschtheit und die Vertraulichkeit des Angebotes und jeder sonstigen mit dem Angebot übermittelten Information gewahrt wird und vom Auftraggeber sicherzustellen, dass er vom Inhalt der Angebote erst nach Ablauf der Angebotsfrist Kenntnis nehmen kann.

### ENTGEGENNAHME UND VERWAHRUNG DER ANGEBOTE

Die Stelle, bei der die Angebote einzureichen sind, hat auf dem verschlossenen Umschlag, Datum und Uhrzeit des Einganges zu vermerken. Bei elektronisch übermittelten Angeboten ist der Eingang mittels Zeitstempel festzuhalten. Alle Angebote sind in der Reihenfolge ihres Einlangens in ein Verzeichnis einzutragen. Auskünfte über die einlangenden Angebote, insbesondere über die Bieter oder über die Anzahl der abgegebenen Angebote dürfen nicht erteilt werden. Die Angebote sind bis zur Öffnung so zu verwahren, dass sie für Unbefugte unzugänglich sind.

### ÖFFNUNG DER ANGEBOTE

Bei offenen und bei nicht offenen Verfahren sind die Angebote am festgesetzten Ort und zur festgesetzten Zeit unmittelbar nach Ablauf der Angebotsfrist zu öffnen. Die Öffnung hat durch eine Kommission zu erfolgen, die aus mindestens zwei sachkundigen Vertretern des Auftraggebers besteht. Die Bieter sind grundsätzlich berechtigt, an der Öffnung teilzunehmen. Sie dür-

fen nur aus triftigen Gründen von der Öffnung der Angebote ausgeschlossen werden. In diesem Fall ist die Öffnung durch eine aus mindestens drei sachkundigen Vertretern des Auftraggebers bestehende Kommission vorzunehmen.

Bei Verhandlungsverfahren ist keine formalisierte Öffnung der Angebote erforderlich. Den Bietern ist die Teilnahme an der Öffnung nicht zu gestatten. Das Ergebnis der Öffnung ist geheim zu halten.

Vor dem Öffnen eines Angebotes ist festzustellen, ob es ungeöffnet und vor Ablauf der Angebotsfrist eingelangt ist. Nach Ablauf der Angebotsfrist eingelangte Angebote sind nicht zu öffnen und als verspätet eingelangt zu kennzeichnen. Im Falle eines elektronisch eingereichten Angebotes ist festzustellen, ob es verschlüsselt ist und kein Zugriff erfolgte. Ein nach Ablauf der Angebotsfrist eingelangtes Angebot ist als verspätet eingelangt zu kennzeichnen und darf nicht geöffnet werden.

Die geöffneten Angebote sind in der Reihenfolge, in der sie in das Eingangsverzeichnis eingetragen wurden, mit fortlaufenden Nummern zu versehen. Es ist festzustellen, ob das Angebot unterfertigt ist (mit einer sicheren elektronischen Signatur versehen ist), aus wievielen Teilen es besteht und ob die als Anlagen angeführten sowie in der Ausschreibung verlangten Bestandteile des Angebotes wie Kalkulationsunterlagen und Nachweis des Vadiums tatsächlich vorhanden sind. Alle bei der Öffnung des Angebotes vorliegenden Teile (Datensätze) sind während der Angebotsöffnung von der Kommission so eindeutig zu kennzeichnen, dass ein nachträgliches Verändern feststellbar wäre.

Aus den Angeboten – auch Alternativangeboten – sind der Name und Geschäftssitz des Bieters, der Gesamtpreis oder der Angebotspreis mit Angabe des Ausmaßes allfälliger Nachlässe und Aufschläge und, wenn die Vergabe in Teilen oder für die ganze Leistung oder für Teile derselben Varianten vorgesehen waren, auch die Teilgesamtpreise oder Teilangebotspreise sowie die Variantenangebotspreise und wesentliche Vorbehalte und Erklärungen der Bieter vorzulesen und niederschriftlich festzuhalten. Aus Schreiben der Bieter, mit welchen einzelne Preise oder der Gesamtpreis des Angebotes abgeändert werden, dürfen nur die geänderten einzelnen Einheits- oder Positionspreise sowie der geänderte Gesamtpreis oder Angebotspreis bekannt gegeben werden. Wenn aufgrund der Vielzahl der Preise ein Verlesen derselben untunlich wäre, so sind den Bietern, die dies beantragen, die Preise binnen zwei Arbeitstagen nachweislich bekannt zu geben. In der Niederschrift sind ferner Datum und Uhrzeit von Beginn und Ende der Öffnung, Geschäftszahl, Gegenstand und Hinweis auf die Art des Verfahrens, die Namen der Anwesenden, zwingend verlangte, aber nicht vorhandene Beilagen und Vermerke über offensichtliche Angebotsmängel festzuhalten. Die Niederschrift ist von den Mitgliedern der Kommission zu unterfertigen. Auf Verlangen ist den



Bieter – so sie an der Öffnung teilnahmeberechtigt waren – eine Abschrift der Niederschrift auszufolgen. Nach Abschluss der Öffnung sind die Niederschrift, die Angebote und deren Umschläge so zu verwahren, dass sie Unbefugten unzugänglich sind.

### PRÜFUNG DER ANGEBOTE

Die Prüfung und Beurteilung eines Angebotes ist nur solchen Personen zu übertragen, welche die fachlichen Voraussetzungen hierfür erfüllen. Erforderlichenfalls sind Sachverständige beizuziehen. Die Prüfung und Beurteilung kann sich auf jene Angebote beschränken, die für eine Zuschlagserteilung in Betracht kommen. Sobald feststeht, dass ein Angebot für eine Zuschlagserteilung nicht in Frage kommt, ist ein allenfalls erlegtes Vadium zurückzustellen.

Die Prüfung der Angebote hat in technischer und wirtschaftlicher Hinsicht nach den in der Ausschreibung oder in den Ausschreibungsunterlagen festgelegten Kriterien zu erfolgen. Insbesondere sind die Befugnis, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit des Bieters, die rechnerische Richtigkeit des Angebotes und die Angemessenheit der Preise zu prüfen. Ferner ist zu prüfen, ob das Angebot den sonstigen Bestimmungen der Ausschreibung entspricht, insbesondere ob es formrichtig und vollständig ist. Sieht ein Angebot die Weitergabe von Teilleistungen an Subunternehmer vor, sind auch die Befugnis, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit des Subunternehmers in die Prüfung einzubeziehen.

Die Angemessenheit der Preise ist in Bezug auf die ausgeschriebene oder alternativ angebotene Leistung und unter Berücksichtigung aller Umstände, unter denen sie zu erbringen sein wird, zu prüfen. Dabei ist von vergleichbaren Erfahrungswerten, von sonst vorliegenden Unterlagen und von den jeweils relevanten Marktverhältnissen auszugehen. Erscheint der Angebotspreis im Verhältnis zur Leistung ungewöhnlich niedrig, ist Aufklärung über die Positionen des Angebotes zu verlangen und gegebenenfalls vertieft zu prüfen, ob die Preise betriebswirtschaftlich erklär- und nachvollziehbar sind. Werden im Zuge der vertieften Angebotsprüfung in einem Angebot Mängel bei der Kalkulation festgestellt, so ist vom Bieter eine verbindliche schriftliche Aufklärung zu verlangen. Hiefür ist ihm eine angemessene Frist einzuräumen. Die anschließende Prüfung hat unter Berücksichtigung der eingegangenen Erläuterungen zu erfolgen. Der Auftraggeber hat Erläuterungen in Bezug auf die Wirtschaftlichkeit des gewählten Fertigungs- oder Bauverfahrens bzw. der Dienstleistung, die gewählten technischen Lösungen, außergewöhnlich günstige Bedingungen, über die der Bieter bei der Erbringung der Leistung verfügt, oder die Originalität der Leistung des Bieters bei der Überprüfung entsprechend zu berücksichtigen.

Über die Prüfung der Angebote und ihr Ergebnis ist eine Niederschrift zu verfassen, in welcher alle für die

Beurteilung der Angebote wesentlichen Umstände festzuhalten sind. Der Niederschrift sind auch vom Bieter erteilte Auskünfte anzuschließen. Über die Gesamtpreise, die sich nach Prüfung der Angebote ergeben – bei Teilvergabe auch über die betreffenden Teil-Gesamtpreise – ist jedem Bieter, der berechtigt war, an der Angebotsöffnung teilzunehmen, auf Verlangen Auskunft zu geben. Jedem Bieter ist Einsichtnahme in sein allenfalls berichtigtes Angebot oder in die Durchrechnung seines Angebotes zu gewähren. Auf Verlangen ist dem Bieter Einsichtnahme in den sein Angebot betreffenden Teil der Niederschrift zu gewähren; bei der Gestaltung der Niederschrift ist darauf Bedacht zu nehmen.

### VERHANDLUNGEN MIT DEN BIETERN

Während eines offenen oder nicht offenen Verfahrens darf mit den Bietern über eine Angebotsänderung nicht verhandelt werden. Während eines Verhandlungsverfahrens darf mit einem oder mehreren Bietern über den gesamten Auftragsinhalt verhandelt werden; Verhandlungen, die bloße Preisänderungen zum Inhalt haben, sind unzulässig.

### AUFKLÄRUNGSGESPRÄCHE UND ERÖRTERUNGEN

Während eines offenen oder nicht offenen Verfahrens sind Aufklärungsgespräche zum Einholen von Auskünften über die wirtschaftliche und technische Leistungsfähigkeit sowie Auskünfte, die zur Prüfung der Preisangemessenheit und Gleichwertigkeit von Alternativangeboten erforderlich sind, zulässig. Bei Alternativangeboten sind Erörterungen, die unumgängliche technische Änderungen geringen Umfangs und daraus sich ergebende geringfügige Änderungen der Preise betreffen, unter Wahrung der Grundsätze des Diskriminierungsverbotes, des freien und lautereren Wettbewerbes und der Gleichbehandlung aller Bieter zulässig. Solche Gespräche sind kommissionell zu führen und niederschriftlich festzuhalten.

### AUSSCHEIDEN VON ANGEBOTEN

Vor der Wahl des Angebotes für die Zuschlagsentscheidung hat die vergebende Stelle aufgrund des Ergebnisses der Prüfung auszuschneiden:

- Angebote von Bietern, bei welchen die Befugnis, die finanzielle, wirtschaftliche oder technische Leistungsfähigkeit oder die Zuverlässigkeit nicht gegeben ist;
- Angebote von Unternehmern, die an der Erarbeitung der Unterlagen für das Vergabeverfahren unmittelbar oder mittelbar beteiligt waren, sowie Angebote von mit diesen verbundenen Unternehmen, soweit durch deren Teilnahme ein fairer und lauterer Wettbewerb gefährdet ist;
- Angebote, die eine – gegebenenfalls durch eine vertiefte Angebotsprüfung festgestellte – nicht plausible

Zusammensetzung des Gesamtpreises (z. B. spekulative Preisgestaltung) aufweisen;

- Angebote, bei denen der Bieter keine Preise angibt, sondern nur erklärt, das billigste Angebot um einen bestimmten Prozentsatz oder Wert zu unterbieten;
- Angebote von Bietern, die es unterlassen haben, innerhalb der ihnen gestellten Frist die verlangten Aufklärungen zu geben oder deren Aufklärung einer nachvollziehbaren Begründung entbehrt;
- Angebote, bei denen ein Vadium verlangt wurde, dessen Nachweis bei Angebotsöffnung jedoch fehlt;
- verspätet eingelangte Angebote;
- den Ausschreibungsbestimmungen widersprechende Angebote sowie nicht gleichwertige Alternativangebote, fehlerhafte oder unvollständige Angebote, wenn die Mängel nicht behoben wurden oder nicht behebbare sind, ferner Teil- und Alternativangebote, wenn sie nicht zugelassen wurden;
- Angebote von Bietern, die mit anderen Unternehmern für den Auftraggeber nachteilige, gegen die guten Sitten oder gegen den Grundsatz des Wettbewerbes verstoßende Abreden getroffen haben;
- rechnerisch fehlerhafte Angebote, die gemäß den Festlegungen in der Ausschreibung nicht zu berücksichtigen sind.

#### DER ZUSCHLAG

Von den Angeboten, die nach dem Ausscheiden übrig bleiben, ist der Zuschlag gemäß den Angaben in der Ausschreibung dem technisch und wirtschaftlich günstigsten Angebot oder dem Angebot für den niedrigsten Preis zu erteilen. Die Gründe für die Zuschlagsentscheidung sind schriftlich festzuhalten.

Der Auftraggeber hat den Bietern gleichzeitig unverzüglich und nachweislich elektronisch oder mittels Telefax mitzuteilen, welchem Bieter der Zuschlag erteilt werden soll. Nur in den im Gesetz taxativ aufgezählten Fällen entfällt diese Verpflichtung. Ein unter Verstoß gegen diese Verpflichtung erfolgter Zuschlag ist nichtig.

Der Zuschlag darf bei sonstiger Nichtigkeit nicht innerhalb einer Stillhaltefrist von 14 Tagen ab Bekanntgabe der Zuschlagsentscheidung erteilt werden. Im Falle der Durchführung eines beschleunigten Verfahrens wegen Dringlichkeit, eines unterschweligen Verhandlungsverfahrens ohne Bekanntmachung oder eines nicht offenen Verfahrens ohne vorherige Bekanntmachung verkürzt sich die Stillhaltefrist auf sieben Tage. Nicht erfolgreiche Bieter können innerhalb einer Frist von sieben Tagen, in den Fällen verkürzter Frist von drei Tagen nach Zustellung der Zuschlagsentscheidung schriftlich die Bekanntgabe der Gründe für die Nichtberücksichtigung ihres Angebotes sowie die Merkmale und Vorteile des erfolgreichen Angebotes beantragen. Der Auftraggeber hat unverzüglich nach Eingang eines solchen Antrages, jedenfalls aber drei Tage vor Ablauf der Stillhaltefrist, dem nicht erfolgreichen Bieter die Vergabe-

summe sowie die Merkmale und Vorteile des erfolgreichen Angebotes bekannt zu geben.

Während der Zuschlagsfrist kommt das Vertragsverhältnis zu dem Zeitpunkt zu Stande, zu dem der Bieter die schriftliche Verständigung von der Annahme seines Angebotes erhält. Wird die Zuschlagsfrist überschritten oder weicht der Auftrag vom Angebot ab, so entsteht das Vertragsverhältnis erst mit der schriftlichen Erklärung des Bieters, dass er den Auftrag annimmt. Zur Abgabe dieser Erklärung ist dem Bieter eine angemessene Frist zu setzen.

Der Zuschlag ist durch Auftragschreiben, Bestellschein oder Schlussbrief zu erteilen. Der Auftraggeber kann vom Auftragnehmer eine unterfertigte Auftragsbestätigung (Gegenschlussbrief) verlangen.

Das Vergabeverfahren endet mit dem Zustandekommen des Leistungsvertrages oder mit dem Widerruf der Ausschreibung. Unmittelbar nach Abschluss des Verfahrens sind jenen Bietern, denen der Zuschlag nicht erteilt wurde, alle zurückzustellenden Ausarbeitungen zurückzugeben.

#### WIDERRUF DER AUSSCHREIBUNG

Ein Widerruf der Ausschreibung hat zu erfolgen, wenn Umstände bekannt werden, die, wären sie schon vor der Ausschreibung bekannt gewesen, eine Ausschreibung ausgeschlossen oder zu einer inhaltlich wesentlich anderen Ausschreibung geführt hätten. Eine Ausschreibung kann vor Ablauf der Angebotsfrist widerrufen werden, wenn andere für den Auftraggeber schwerwiegende Gründe bestehen, die den Widerruf sachlich rechtfertigen. Eine Ausschreibung kann nach Ablauf der Angebotsfrist widerrufen werden, wenn nur ein Angebot eingelangt ist, nach dem Ausscheiden von Angeboten nur noch ein Angebot übrig bleibt oder andere für den Auftraggeber schwerwiegende Gründe bestehen, die den Widerruf sachlich rechtfertigen. Ein Widerruf der Ausschreibung zu dem alleinigen Zweck, eine neuerliche Ausschreibung zu ermöglichen, um den Angebotspreis zu reduzieren, ist sachlich nicht gerechtfertigt. Die Ausschreibung gilt als widerrufen, wenn kein Angebot eingelangt ist oder nach dem Ausscheiden von Angeboten kein Angebot im Vergabeverfahren verbleibt. Vom Widerruf sind vor dem Ablauf der Angebotsfrist Bewerber und Bieter, nach dem Ablauf der Angebotsfrist die Bieter zu verständigen. Mit der ordnungsgemäßen Durchführung der Verständigung gewinnen Auftraggeber und Bieter ihre Handlungsfreiheit wieder.

#### VERGABEVERMERK

Auftraggeber haben einen Vergabevermerk über jeden vergebenen Auftrag anzufertigen, der den Namen und die Anschrift des Auftraggebers, den Gegenstand und Wert des Auftrages, die Namen der berücksichtigten Bewerber oder Bieter und die Gründe für ihre Aus-

wahl, die Namen der ausgeschlossenen Bewerber oder Bieter und die Gründe für ihre Ablehnung, den Namen des erfolgreichen Bieters und die Gründe für die Auswahl seines Angebotes sowie – falls bekannt – den Anteil, den der erfolgreiche Bieter an Dritte weiterzugeben beabsichtigt, und bei Verhandlungsverfahren die Begründung der die Anwendung des Verfahrens rechtfertigenden Umstände zu enthalten hat.

Im Falle der Direktvergabe ist, sofern der Dokumentationsaufwand wirtschaftlich vertretbar ist, der Gegenstand und Wert des Auftrages sowie der Name des Auftragnehmers festzuhalten.

### BESONDERE BESTIMMUNGEN ÜBER WETTBEWERBE ARTEN DES WETTBEWERBES

Die Durchführung von Wettbewerben hat im Wege eines offenen, eines nicht offenen oder eines geladenen Wettbewerbes zu erfolgen.

Beim offenen Wettbewerb wird vom Auslober eine unbeschränkte Anzahl von Wettbewerbsteilnehmern öffentlich zur Vorlage von Wettbewerbsarbeiten aufgefordert. Beim nicht offenen Wettbewerb werden, nachdem eine unbeschränkte Anzahl von Wettbewerbsteilnehmern öffentlich zur Abgabe von Teilnahmeanträgen aufgefordert wurde, vom Auslober ausgewählte Wettbewerbsteilnehmer zur Vorlage von Wettbewerbsarbeiten aufgefordert. Beim geladenen Wettbewerb wird vom Auslober eine beschränkte Anzahl von geeigneten Wettbewerbsteilnehmern unmittelbar zur Vorlage von Wettbewerbsarbeiten aufgefordert.

Grundsätzlich hat ein offener Wettbewerb stattzufinden. Ein nicht offener Wettbewerb ist zulässig, wenn der Auslober den Kreis der Teilnehmer beschränken will und die Beurteilung der Leistungsqualität über die Eignung hinausgehende Anforderungen an die Teilnehmer stellt oder der mit der Durchführung eines offenen Wettbewerbes verbundene Aufwand im Hinblick auf den Wert der Leistung wirtschaftlich nicht vertretbar wäre. Sofern dem Auslober genügend geeignete Unternehmer bekannt sind, ist die Durchführung eines geladenen Wettbewerbes im Unterschwellenbereich zulässig.

### TEILNAHME AN WETTBEWERBEN

An Wettbewerben können alle befugten, leistungsfähigen und zuverlässigen Unternehmer teilnehmen. Der offene Wettbewerb steht allen Teilnahmeberechtigten offen. Beim nicht offenen Wettbewerb ist die Anzahl der einzuladenden Teilnehmer entsprechend dem Wettbewerbsgegenstand festzulegen. Sie darf nicht unter drei liegen. Die festgelegte Anzahl muss einen echten Wettbewerb gewährleisten und ist in der Bekanntmachung anzugeben. Die eindeutigen und nicht diskriminierenden Auswahlkriterien haben den besonderen Erfordernissen des Wettbewerbsgegenstandes Rechnung zu tragen und sind im Vorhinein festzulegen. Lan-

gen mehr Teilnahmeanträge als die vom Auslober festgelegte Anzahl von einzuladenden Teilnehmern ein, so hat der Auslober unter den befugten, leistungsfähigen und zuverlässigen Bewerbern anhand der Auswahlkriterien die besten Bewerber auszuwählen. Die maßgeblichen Gründe für die Auswahl sind in nachvollziehbarer Form festzuhalten. Langen weniger Teilnahmeanträge ein, so kann der Auslober zusätzliche Unternehmer in den Wettbewerb einbeziehen. Zu geladenen Wettbewerben sind mindestens drei Unternehmer einzuladen. Die Aufforderung zur Teilnahme hat nur an als befugt, leistungsfähig und zuverlässig anzusehende Unternehmer zu erfolgen.

Die Beurteilungskriterien für das Preisgericht sind in der Reihenfolge ihrer Bedeutung festzulegen und bekannt zu machen bzw. bekannt zu geben.

In einer Wettbewerbsordnung sind die Vorgangsweise des Preisgerichtes, die Preisgelder und Vergütungen, die Verwendungs- und Verwertungsrechte, die Rückstellung von Unterlagen, die Beurteilungskriterien, die Ausschlussgründe und Termine bekannt zu geben.

Das Preisgericht darf nur aus Preisrichtern bestehen, die von den Teilnehmern des Wettbewerbes unabhängig sind. Wird von den Wettbewerbsteilnehmern eine bestimmte berufliche Qualifikation verlangt, muss mindestens ein Drittel der Preisrichter über dieselbe oder eine gleichwertige Qualifikation verfügen. Das Preisgericht ist bei der Auswahl des oder der Wettbewerbsgewinner unabhängig. Es hat diese Auswahl aufgrund von Wettbewerbsarbeiten, die anonym vorgelegt werden und nur aufgrund der Beurteilungskriterien zu treffen und dem Auslober zur allfälligen weiteren Veranlassung vorzulegen. Die Sitzungen des Preisgerichtes sind nicht öffentlich.

Wettbewerbe können ein- oder mehrstufig durchgeführt werden.

Wird im Anschluss an die Durchführung eines Wettbewerbes kein Verhandlungsverfahren zur Vergabe eines Dienstleistungsauftrages durchgeführt, so hat der Auslober die Entscheidung, an welche Wettbewerbsteilnehmer Preisgelder vergeben bzw. Zahlungen erfolgen sollen, sowie die Zusammensetzung des Preisgerichtes binnen acht Tagen nach seiner Entscheidung bekannt zu geben.

Wird im Anschluss an die Durchführung eines Wettbewerbes ein Verhandlungsverfahren zur Vergabe eines Dienstleistungsauftrages durchgeführt, so hat der Auslober die Entscheidung, welchen oder welche Wettbewerbsgewinner zur Teilnahme am Verhandlungsverfahren aufgefordert werden, sowie die Zusammensetzung des Preisgerichtes allen Wettbewerbsteilnehmern binnen acht Tagen nach seiner Entscheidung bekannt zu geben.

Das Tiroler Vergabenachprüfungsgesetz wird im Dezember 2002 im Landesgesetzblatt für Tirol erscheinen und im Merkblatt für die Gemeinden Tirols, Jänner 2003, vorgestellt werden.

**VERBRAUCHERPREISINDEX  
FÜR OKTOBER 2002**  
(vorläufiges Ergebnis)

	September 2002 (endgültig)	Oktober 2002 (vorläufig)
<b>Index der Verbraucherpreise 2000</b>		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	104,8	105,1
<b>Index der Verbraucherpreise 96</b>		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	110,2	110,6
<b>Index der Verbraucherpreise 86</b>		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	144,2	144,6
<b>Index der Verbraucherpreise 76</b>		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	224,2	224,8
<b>Index der Verbraucherpreise 66</b>		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	393,4	394,5
<b>Index der Verbraucherpreise I</b>		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	501,3	502,7
<b>Index der Verbraucherpreise II</b>		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	502,8	504,3

Der Index der Verbraucherpreise 2000 (Basis: Durchschnitt 2000 = 100) für den Kalendermonat Oktober 2002 beträgt 105,1 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber September 2002 (104,8 endgültige Zahl) um 0,3% gestiegen (September 2002 gegenüber August 2002: +0,0%). Gegenüber Oktober 2001 ergibt sich eine Steigerung um 1,8% (September 2002/2001: +1,6%).

**Erscheinungsort Innsbruck  
Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.**

MEDIENINHABER (VERLEGER):  
Amt der Tiroler Landesregierung,  
Abteilung Gemeindeangelegenheiten,  
6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

*Für den Inhalt verantwortlich:* Dr. Helmut Praxmarer

*Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz:* Medieninhaber Land Tirol

*Erklärung über die grundlegende Richtung:* Information der Gemeinden

*Druck:* Eigendruck